

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Literaturverzeichnis	21
Abkürzungsverzeichnis	23
I. § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 EStG als Zentralvorschrift für die Besteuerung der Mitunternehmer	27
II. Personengesellschaften und wirtschaftlich vergleichbare Gemeinschaften .	33
III. Mitunternehmer und Mitunternehmerschaft	48
IV. Die Bilanzbündeltheorie und die Einheitstheorie	89
V. Betriebsvermögen einer Personengesellschaft	92
VI. Leistungsbeziehungen zwischen Personengesellschaft und Mitunter- nehmer oder zwischen beteiligungsidentischen Personengesellschaften insbesondere Überführung von Wirtschaftsgütern	121
VII. Sondervergütungen	155
VIII. Bilanzierungskonkurrenz	180
IX. Gewinnermittlung	187
X. Gewinnverteilung	214
XI. Das negative Kapitalkonto	231
XII. Gesellschafterwechsel	244
XIII. Familienpersonengesellschaften	290
XIV. Kommanditgesellschaft auf Aktien	319
XV. Feststellung der Einkünfte aus einer Mitunternehmerschaft	322
XVI. Überblick über die wichtigste Rechtsprechung zur Mitunternehmerschaft .	326
XVII. Verwaltungsanweisungen	421
Anhang	426
Stichwortverzeichnis	455

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Literaturverzeichnis	21
Abkürzungsverzeichnis	23

I. § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 EStG als Zentralvorschrift für die Besteuerung der Mitunternehmer

1. Einführung	27
2. Der Inhalt des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG und seine Ergänzung durch § 15 Abs. 1 Nr. 3 EStG	28
a) § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	28
b) § 15 Abs. 1 Nr. 3 EStG	29
3. Der Sinn und Zweck des § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 EStG.	29
4. Der rudimentäre Charakter des § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 EStG.	31
5. Die systematische Stellung des § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 EStG im EStG	31
6. Die unter § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 EStG fallenden Gesellschaften.	32

II. Personengesellschaften und wirtschaftlich vergleichbare Gemeinschaften

1. Allgemeines	33
a) Wesen der Personengesellschaft	33
b) Gesellschaftsvermögen	33
c) Rechtsfähigkeit	34
d) Abgrenzung gegenüber partiarischem Darlehen und partiarischem Arbeitsverhältnis	35
e) Abgrenzung gegenüber der Gemeinschaft	35
2. Die offene Handelsgesellschaft	35
3. Die Kommanditgesellschaft	36
a) Allgemeines	36
b) Die GmbH & Co. KG	36
4. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	37
a) Allgemeines	37
b) Besondere Arten der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	37
5. Die Partenreederei	38
6. Die stille Gesellschaft.	39
7. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien	40
8. Unterbeteiligungen	41

	Seite
9. Verdecktes Gesellschaftsverhältnis	42
a) Grundsätzliches	42
b) Einzelheiten	43
10. Wirtschaftlich vergleichbares Gemeinschaftsverhältnis	45
11. Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	46
a) Rechtsgrundlage	46
b) Rechtliche Struktur	46

III. Mitunternehmer und Mitunternehmerschaft

1. Allgemeines zu den einkommensteuerrechtlichen Begriffen Unternehmer und Mitunternehmer	48
2. Der Mitunternehmer	50
a) Allgemeines	50
b) Mitunternehmerrisiko	52
c) Mitunternehmerinitiative	53
d) Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer, Vermieter, Verpächter und Darlehensgläubiger einerseits und Mitunternehmer andererseits	54
e) Besonderheiten bei Kommanditgesellschaften	55
f) Besonderheiten bei stillen Gesellschaften	59
g) Besonderheiten bei einer Innengesellschaft	61
h) Besonderheiten bei einer Unterbeteiligung	62
i) Der Treuhand-Kommanditist	62
j) Gemeinschaften	64
k) Nießbrauch an einem Mitunternehmeranteil	65
l) Mittelbare Beteiligung	66
aa) Zivilrechtslage	66
bb) Die steuerrechtliche Behandlung	67
(1) Allgemeines	67
(2) Der BFH-Beschluß vom 25.2.1991 GrS 7/89	67
(3) § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG	68
(a) Grundsätzliches	68
(b) Pensionsrückstellung	68
(c) Sondervergütungen	69
(d) Betriebsvermögen	69
(e) Gewerbesteuerliche Auswirkungen	69
3. Die Mitunternehmerschaft	70
a) Allgemeines	70
b) Personengesellschaften, die keine Mitunternehmerschaften sind	70
aa) Allgemeines	70
bb) Publikumpersonengesellschaften	72
cc) Gewinnerzielungsabsicht	73
c) Keine faktische Mitunternehmerschaft	74

	Seite
d) Die Unterscheidung zwischen gewerblichen und nichtgewerblichen Mitunternehmenschaften	75
e) Die teilweise gewerblich tätige Personengesellschaft (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG)	76
f) Die gewerblich geprägte Personengesellschaft	77
aa) Die frühere Geprägerechtsprechung	77
bb) Aufgabe der Geprägerechtsprechung	77
cc) Die Geprägevorschrift des § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG	77
dd) Die Voraussetzungen der Geprägevorschrift	78
(1) Überblick	78
(2) Personengesellschaften	78
(3) Keine gewerbliche Tätigkeit	78
(4) Einkünfteerzielungsabsicht	78
(5) Geschäftsführungsbefugnis	79
(6) Nur Kapitalgesellschaften dürfen persönlich haftende Gesellschafter sein	80
(7) Die doppelstöckige GmbH & Co. KG	83
(8) Die Rückwirkung der Geprägevorschrift.	84
g) Beginn und Beendigung einer Mitunternehmerschaft	87
aa) Beginn einer Mitunternehmerschaft	87
bb) Beendigung einer Mitunternehmerschaft.	88

IV. Die Bilanzbündeltheorie und die Einheitstheorie

1. Allgemeines	89
2. Die Bilanzbündeltheorie	89
3. Die Gesamthandsvorstellung	90
4. Die Einheitstheorie	90

V. Betriebsvermögen einer Personengesellschaft

1. Allgemeiner Überblick	92
2. Gesellschaftsvermögen	93
a) Begriff	93
b) Notwendiges und gewillkürtes Betriebsvermögen.	95
c) Notwendiges Privatvermögen	96
d) Verbindlichkeiten	98
3. Sonderbetriebsvermögen	98
a) Begriff	98
b) Rechtfertigung des Sonderbetriebsvermögens.	99
c) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und selbständiger Arbeit.	102
d) Wirtschaftsgüter, die nicht dem Mitunternehmer gehören	102
e) Sonderbetriebsvermögen bei atypisch stiller Gesellschaft	104

	Seite
f) Arten des Sonderbetriebsvermögens	104
aa) Allgemeines	104
bb) Notwendiges Sonderbetriebsvermögen I.	104
cc) Notwendiges Sonderbetriebsvermögen II	106
(1) Allgemeines	106
(2) Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	106
(3) Weitere Beispiele für Sonderbetriebsvermögen II	109
(4) Weitere Beispiele, in denen kein Sonderbetriebsvermögen II vorliegt	110
dd) Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen.	111
(1) Allgemeines	111
(2) Objektive Eignung	112
(3) Subjektive Bestimmung	113
ee) Negatives Sonderbetriebsvermögen	114
g) Geldforderungen als Wirtschaftsgüter des Sonderbetriebsvermögens?	115
aa) Beitragsleistungen	115
bb) Geldforderungen gegen die Gesellschaft.	115
(1) Gesellschaftsrechtliche Veranlassung	116
(2) Nicht gesellschaftsrechtliche Veranlassung	120

VI. Leistungsbeziehungen zwischen Personengesellschaft und Mitunternehmer oder zwischen beteiligungsidentischen Personengesellschaften insbesondere Überführung von Wirtschaftsgütern

1. Einführung	121
a) Zivilrecht	121
b) Einkommensteuerrecht	122
2. Die möglichen Fälle der Übertragung von Wirtschaftsgütern	124
3. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen dem Gesellschaftsvermögen und einem anderen Betriebsvermögen eines Mitunternehmers.	125
a) Allgemeines	125
b) Entgeltliche Veräußerung	126
c) Übertragung von Wirtschaftsgütern gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten.	129
aa) Begriff.	129
bb) Wahlrecht der Personengesellschaft	130
cc) Einbringung in eine Personengesellschaft, die keinen Betrieb zum Gegenstand hat	133
dd) Überführung in eine ausländische Betriebsstätte	134
d) Übertragung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten und sonstiges Entgelt	134
e) Übertragung gegen Minderung von Gesellschaftsrechten	135
f) Übertragung gegen Minderung von Gesellschaftsrechten und sonstiges Entgelt	136

	Seite
4. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen dem Gesellschaftsvermögen und einem Sonderbetriebsvermögen	136
a) Allgemeines	136
b) Entgeltliche Veräußerung	137
c) Übertragung von Wirtschaftsgütern gegen Gewährung oder Minderung von Gesellschaftsrechten	138
5. Übertragung eines Wirtschaftsguts zwischen dem Sonderbetriebsvermögen eines Mitunternehmers und einem anderen Betrieb desselben Mitunternehmers	139
6. Übertragung eines Wirtschaftsguts zwischen Sonderbetriebsvermögen verschiedener Mitunternehmer	139
a) Allgemeines	139
b) Entgeltliche Veräußerung	140
c) Unentgeltliche Übertragung	141
d) Teilweise entgeltliche Übertragung.	143
7. Übertragung eines Wirtschaftsguts zwischen einem anderen Betriebsvermögen eines Mitunternehmers und dem Sonderbetriebsvermögen eines anderen Mitunternehmers derselben Personengesellschaft	144
8. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen dem Betriebsvermögen einer Mitunternehmerschaft und dem Privatvermögen eines Mitunternehmers	146
a) Übertragung zwischen dem Gesellschaftsvermögen und dem Privatvermögen eines Mitunternehmers	146
aa) Übertragung vom Gesellschaftsvermögen ins Privatvermögen	146
bb) Übertragung von Privatvermögen ins Gesellschaftsvermögen	148
b) Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen Privatvermögen und Sonderbetriebsvermögen eines Mitunternehmers	149
c) Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen dem Privatvermögen eines Mitunternehmers und dem Sonderbetriebsvermögen eines anderen Mitunternehmers	150
9. Übertragung bei mittelbarer Beteiligung	151
10. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen personengleichen oder teilweise personengleichen Mitunternehmerschaften	153
11. Sonstiger Leistungsaustausch	154

VII. Sondervergütungen

1. Allgemeines	155
a) Begriff der Sondervergütung.	155
b) Grenzen des § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 EStG	158
c) Sinn und Zweck der Behandlung von Sondervergütungen als gewerbliche Einkünfte.	160

	Seite
d) Der Beitragsgedanke	161
aa) Einführung	161
bb) Gelegentliche Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft	161
cc) Der Arbeitnehmerkommanditist	162
dd) Ziel des Beitragsgedankens	162
ee) Grundüberlegungen des Beitragsgedankens	162
ff) Stellungnahme zum Beitragsgedanken	163
e) § 34 c Abs. 4 EStG und Sondervergütungen	163
aa) Allgemeines	163
bb) Eine Personengesellschaft hat ausschließlich den Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr zum Gegenstand	164
cc) Eine Personengesellschaft hat nicht ausschließlich den Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr zum Gegenstand	164
f) Sondervergütungen als nachträgliche Einkünfte	165
2. Tätigkeitsvergütung	166
a) Allgemeines	166
b) Pensionsrückstellungen für Gesellschafter	168
aa) Die herrschende Ansicht	168
bb) Bedenken gegen die herrschende Ansicht	169
cc) GmbH & Co. KG	169
c) Vergütungen, die ein Mitunternehmer für Tätigkeiten erhält, die er vor dem Erwerb seiner Mitunternehmerschaft der Personengesellschaft erbracht hat	170
aa) Allgemeines	170
bb) Pensionsrückstellungen und Pensionsabfindungen	171
cc) Andere Fälle der Vergütung für Leistungen vor Beginn der Mitunternehmerschaft	172
d) Weitere Vergütungen, die nicht unter § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG fallen	172
e) Die geleistete Tätigkeit stellt sich als Wertabgabe aus einem anderen Betrieb des Mitunternehmers dar	173
3. Vergütung für die Hingabe von Darlehen	174
a) Grundsätzliches	174
b) Darlehensgewährung vor Beitritt als Mitunternehmer	176
c) Sonderfälle	176
4. Vergütung für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	177
a) Allgemeines	177
b) Sonderbetriebsvermögen	178
c) Sonderfälle	178
 VIII. Bilanzierungskonkurrenz	
1. Einführung	180
2. Die Subsidiaritätsthese	180
a) Einführung	181
b) Bedenken gegen die Subsidiaritätsthese	182

	Seite
c) Die Entscheidung des BFH	183
d) Folgen der Ablehnung der Subsidiaritätsthese	183
e) Zusammenfassung	186

IX. Gewinnermittlung

1. Gewinnermittlung im allgemeinen	187
a) Unterschiedliche Ermittlung der Einkünfte bei den sieben Einkunftsarten	187
b) Gewinneinkünfte	187
aa) Allgemeines	187
bb) Der Betriebsvermögensvergleich	187
cc) Verhältnis zwischen § 4 Abs. 1 EStG und § 5 EStG	188
dd) Vereinfachte Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG	189
c) Überschubeinkünfte	190
2. Gewinnermittlung bei Personengesellschaften, die einen Betrieb zum Gegenstand haben	191
a) Einführung	191
b) Personengesellschaften, die einen Gewerbebetrieb zum Gegenstand haben	192
aa) Maßgeblichkeitsgrundsatz	192
bb) Transformation der Handelsbilanz in die Steuerbilanz	192
cc) Betriebsvermögensvergleich und Gewinnverteilung	193
dd) Sonderbetriebsvermögen	194
ee) Betriebsvermögensvergleich im Sonderbetriebsvermögen	195
ff) Gesamtbetriebsergebnis eines Gesellschafters und der Gesellschaft	195
gg) Die steuerrechtliche Gesamtbilanz der Personengesellschaft	196
hh) Ergänzungsbilanz	196
ii) Beispiel für die Bilanzierung bei einer Personengesellschaft	198
c) Personengesellschaften, die einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb oder eine selbständige Tätigkeit zum Gegenstand haben	199
d) Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben	200
aa) Allgemeines	200
bb) Sonderbetriebseinnahmen	200
cc) Sonderbetriebsausgaben	202
e) Ausländische Personengesellschaft	204
3. Einkünftermittlung bei Personengesellschaften, die keinen Betrieb zum Gegenstand haben	204
a) Grundsätzliches	204
b) Zehragesellschaften	205
4. Einkünftermittlung bei atypisch stiller Gesellschaft	207

	Seite
5. Einheitliche Gewinnermittlung und Buchführungspflicht	208
a) Einheitliche Gewinnermittlung	208
b) Buchführungspflicht	208
6. Einheitliche Ausübung von Wahlrechten	209
7. Übertragung stiller Reserven	211
8. Besonderheiten bei der KGaA	214

X. Gewinnverteilung

1. Allgemeines	214
2. Die handelsrechtliche Gewinnverteilung	215
a) Gesetzliche Regelungen	215
aa) Gesellschaft bürgerlichen Rechts	215
bb) Offene Handelsgesellschaft	215
cc) Kommanditgesellschaft	216
dd) Stille Gesellschaft	217
b) Vertragliche Vereinbarungen	217
3. Anwendung des handelsrechtlich maßgebenden Gewinnverteilungs- schlüssels auf den steuerrechtlichen Gewinn	218
4. Gewinnverteilungsabreden	219
a) Allgemeines	219
b) Sondervergütungen	219
c) Vorabgewinn	220
d) Außergesellschaftsrechtliche Vereinbarungen	221
e) Änderung der Gewinnverteilungsabrede und Sondergewinn- verteilungsabrede	223
f) Rückwirkung von Gewinnverteilungsabreden	224
g) Das Problem der Angemessenheit	225
h) Der steuerrechtliche Mehrgewinn	226
5. Gewinnverteilung bei strafbarer Handlung eines Gesellschafters	229
6. Korrektur fehlerhafter Gewinnverteilung	230

XI. Das negative Kapitalkonto

1. Das negative Kapitalkonto im allgemeinen	231
2. Das negative Kapitalkonto beim Kommanditisten	232
a) Das Handelsrecht	232
b) Das Steuerrecht	233
aa) Allgemeines	233
bb) Verlustzurechnungsverbot	234
cc) Wegfall des negativen Kapitalkontos	235
dd) Welches Kapitalkonto ist maßgebend?	236

	Seite
ee) Einzelheiten über den Zeitpunkt, von dem an das Verlustzurechnungsverbot gilt und in dem das negative Kapitalkonto nachzuversteuern ist	237
(1) Veräußerung, Aufgabe oder unentgeltliche Übertragung eines Betriebs oder Mitunternehmeranteils.	237
(2) Konkurs	239
(3) Erhebliche Überschuldung	240
(4) Keine stillen Reserven und kein Geschäftswert	240
ff) Besonderheiten bei der Veräußerung eines KG-Anteils	240
gg) Erbfälle bei bestehendem negativem Kapitalkonto	241
hh) Ausscheiden eines Kommanditisten	242
ii) Sanierungsgewinn	242
jj) Veräußerungsgewinn	243
kk) Zeitpunkt der Nachversteuerung	243
ll) Unterbliebene Nachversteuerung	243

XII. Gesellschafterwechsel

1. Allgemeines	244
2. Entgeltliche Veräußerung eines Mitunternehmeranteils	246
a) Grundsätzliches	246
b) Veräußerung eines Teils eines Mitunternehmeranteils	248
c) Entbehrlichkeit einer Bilanzierung auf den Veräußerungszeitpunkt	249
d) Ermittlung des anteiligen Veräußerungsfreibetrags	250
e) Tarifvergünstigung nach § 34 EStG	252
3. Unentgeltliche Übertragung eines Mitunternehmeranteils	252
4. Teilentgeltliche Übertragung eines Mitunternehmeranteils	253
a) Allgemeines	253
b) Entgelt ist höher als das Kapitalkonto	253
c) Entgelt ist niedriger als das Kapitalkonto	254
5. Ausscheiden eines Mitunternehmers	254
a) Zivilrechtliches	254
b) Ausscheiden gegen Abfindung	256
aa) Allgemeines	256
bb) Bilanzielle Behandlung	256
cc) Berücksichtigung eines Geschäftswerts	257
dd) Abfindung unter dem Betrag des Kapitalkontos	258
ee) Ausscheiden eines Gesellschafters mit negativem Kapitalkonto	259
ff) Ausscheiden eines lästigen Gesellschafters	260
c) Ausscheiden gegen Sachwertabfindung	260
aa) Allgemeines	260
bb) Sachwerte werden Privatvermögen des ausscheidenden Gesellschafters	261

	Seite
cc) Sachwerte werden Betriebsvermögen des ausscheidenden Gesellschafters	264
d) Ausscheiden ohne Abfindung	267
6. Aufgabe eines Mitunternehmeranteils	267
7. Eintritt eines Mitunternehmers	268
8. Tod eines Mitunternehmers	271
a) Auflösung der Gesellschaft	271
b) Nichtauflösung der Gesellschaft	271
aa) Allgemeines	271
bb) Fortsetzungsklausel	272
cc) Einfache Nachfolgeklausel	272
dd) Qualifizierte Nachfolgeklausel	273
ee) Teilnachfolgeklausel	274
ff) Eintrittsklausel	274
9. Gesellschafterwechsel und Sonderbetriebsvermögen	275
a) Anwendung des § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG.	275
b) Sonderbetriebsvermögen beim Ausscheiden eines Mitunternehmers	276
c) Behandlung von Sonderbetriebsvermögen im Erbfall	276
10. Realteilung	279
a) Allgemeines	279
b) Grundsätzliches	280
c) Wahlrecht	281
aa) Allgemeines	281
bb) Ausübung des Wahlrechts	282
cc) Unterschiedliche Ausübung des Wahlrechts	282
dd) Sicherstellung der Besteuerung	283
ee) Spitzenausgleich	288

XIII. Familienpersonengesellschaften

1. Grundsätzliches	290
a) Begriff	290
b) Widerstreit der Interessen	290
c) Problemstellung	293
2. Die steuerrechtliche Anerkennung einer Familienpersonengesellschaft	293
a) Allgemeines	293
b) Klare Vereinbarungen	295
c) Ernsthaftigkeit der Vereinbarungen	296
aa) Allgemeines	296
bb) Pflegerbestellung	297
cc) Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung	299
dd) Formerfordernis	300

	Seite
d) Fremdvergleich	301
aa) Allgemeines	301
bb) Befristete Beteiligung	302
cc) Entnahmebeschränkung.	302
dd) Nichtbeteiligung an den stillen Reserven und am Geschäftswert	303
ee) Ausschluß von Mitwirkungs- und Kontrollrechten	304
ff) Möglichkeit des Hinauskündigens.	305
gg) Verfügungsbeschränkung über die Beteiligung.	306
hh) Einseitige Beschränkung der Rechte eines Kommanditisten zugunsten anderer Gesellschafter	306
ii) Betriebsverpachtung	307
e) Tatsächliche Durchführung	307
aa) Allgemeines	307
bb) Mitunternehmereigenschaft	307
cc) Veränderung gegenüber dem früheren Zustand	308
dd) Weitere Merkmale und Gesamtbildbetrachtung	308
f) Besonderheiten bei stillen Gesellschaften und Unterbeteiligungen .	309
g) Folgen der Nichtanerkennung eines Gesellschafters als Mitunternehmer.	311
3. Anerkennung der Gewinnverteilung	312
a) Allgemeines	312
b) Unterschiedliche Behandlung zwischen entgeltlichem und unentgeltlichem Beteiligungserwerb	313
c) Entgeltlicher Beteiligungserwerb	314
d) Unentgeltlicher Beteiligungserwerb	316
aa) Allgemeines	316
bb) Die Begründung der 15%-Rechtsprechung.	317
cc) Kritik an der Rechtsprechung	317
e) Folgen einer unangemessenen Gewinnverteilung	318
4. Anerkennung von Absprachen über Barentnahmen	319

XIV. Kommanditgesellschaft auf Aktien

1. Die Regelung des § 15 Abs. 1 Nr. 3 EStG.	319
2. Stellung als Mitunternehmer	319
3. Zusammenwirken von § 15 Abs. 1 Nr. 3 EStG und § 9 Abs. 1 Nr. 1 KStG	320
4. Gewinnermittlung	321
5. Wertverlust des persönlich haftenden Gesellschafters an seinen Kommanditaktien.	322
6. Kommanditaktie kein Sonderbetriebsvermögen	322

	Seite
XV. Feststellung der Einkünfte aus einer Mitunternehmerschaft	
1. Allgemeines	322
2. Inhalt der einheitlichen Gewinnfeststellung	323
3. Gewinnfeststellung bei Unterbeteiligung und Treuhandverhältnis	324
4. Steuerfreie und ausländische Einkünfte	325
a) Steuerfreie Einkünfte	325
b) Ausländische Einkünfte	325
5. Gewinnfeststellung bei Veräußerung von Mitunternehmeranteilen.	325
XVI. Überblick über die wichtigste Rechtsprechung zur Mitunternehmerschaft	326
XVII. Verwaltungsanweisungen	421
Anhang:	
BMF-Schreiben vom 20.12.1977 betr. Besteuerung der Mitunternehmer von Personengesellschaften – Mitunternehmererlaß	426
BMF-Schreiben vom 29.4.1994 betr. Einkunftsermittlung bei im Betriebsvermögen gehaltenen Beteiligungen an vermögensverwaltenden Personengesellschaften	450
Stichwortverzeichnis	455